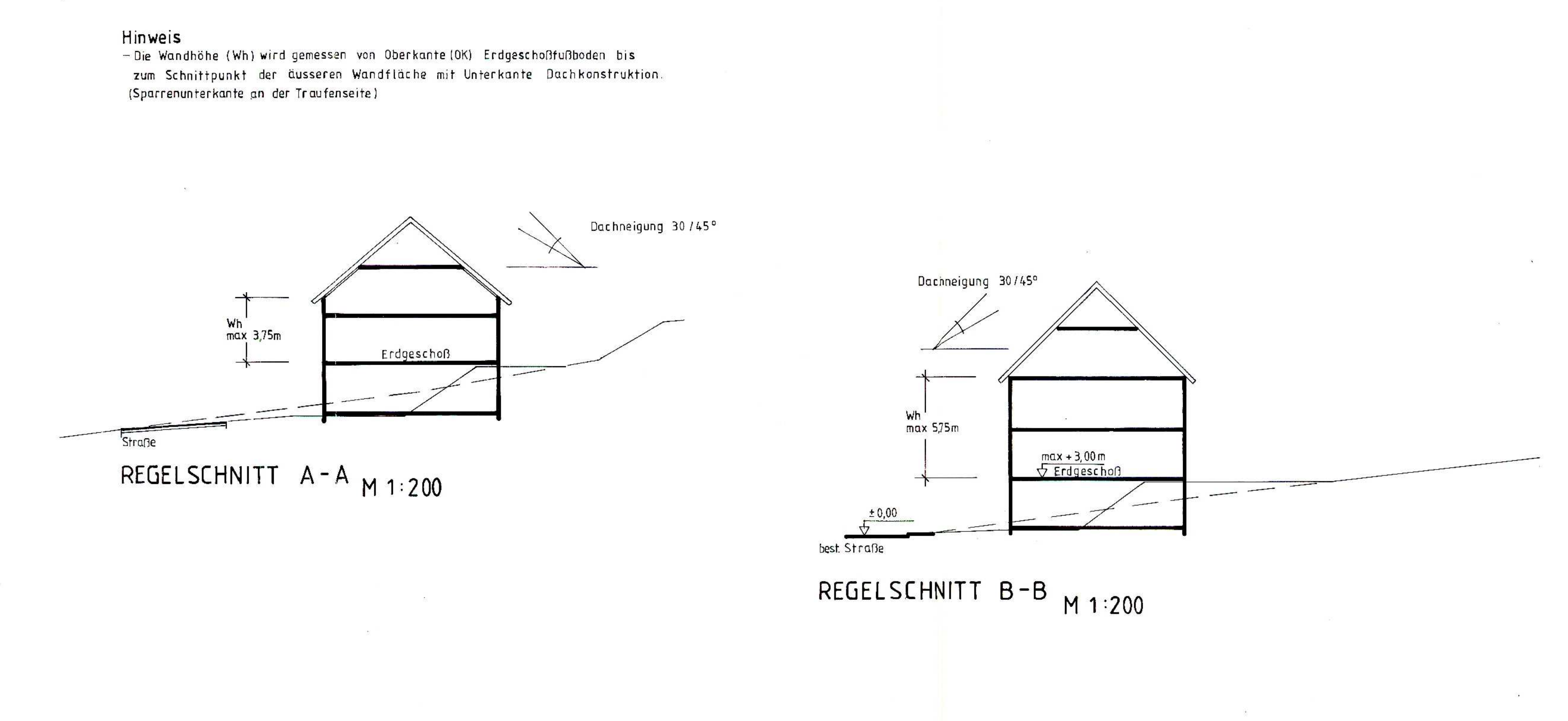


Gemarkung Marpingen  
Flur 12 und 13  
M 1:500  
Angefertigt nach Vergrößerung der Flurkarte  
und topographischen Angaben des KDM GmbH



**Planzeichen**

gemäß Anlage zur  
Planzeichenverordnung 1990

- Art der baulichen Nutzung**
- WA Allgemeines Wohngebiet
  - ZWo höchstzulässige Zahl der Wohnungen je Wohngebäude
- Maß der baulichen Nutzung**
- 0,4 Geschosflächenzahl
  - 0,8 Grundflächenzahl
  - Wh Höhe der baulichen Anlagen - max. Wandhöhe
  - Abgrenzung des Maßes der Nutzung
- Bauweise**
- o Offene Bauweise
  - △ nur Einzelhäuser zulässig
  - ▽ nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
  - SD Baugrenze
  - SD Satteldach
  - WD Walmdach
- Nutzungsschema**
- | Baugebiet | Beschreibung der Zahl der Wohnungen | Höhe der baulichen Anlagen | Geschosflächenzahl | Bauweise | Dachform |
|-----------|-------------------------------------|----------------------------|--------------------|----------|----------|
| WA        |                                     | Wh=max 3,75m               | 0,4                | SD, WD   |          |
- ← Firstrichtung

- Verkehrsflächen**
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
  - verkehrsberuhigter Bereich
  - Fußwege
- Sonstige Planzeichen**
- Grünflächen, 8 = öffentlich
  - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
  - Anpflanzen von Bäumen
  - Erhaltung von Bäumen
  - Ehaltungsbereich des Bebauungsplanes
  - bestehende Gebäude
  - Entwässerungsrichtung
  - bestehende Grundstücksgrenzen
  - geplante Grundstücksgrenzen
  - Leitungen unterirdisch (B - Elektro, F - TV Kabel, G - Gas, T - Telefon, W - Wasser, K - Kanal)
  - mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten verbundenen Flächen
  - bestehende Böschungflächen
  - Ausgleichsmaßnahme
  - Vermeidungsmaßnahme

**BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)**

"An der Ringelgasse"  
Gemeinde Marpingen, Ortsteil Marpingen

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte im Auftrag der Gemeinde Marpingen durch den Landrat des Kreises St. Wendel - Kreisbauamt - Amt für Planungswesen

**Gesetzliche Grundlagen**

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 446)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 446)
- Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
- Bauordnung für das Saarland (BO) vom 10. November 1988 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 57/1988, S. 1373)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zuletzt ergänzt durch Berichtigung vom 12. Mai 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 402)

**Textliche Festsetzungen**

- Art der baulichen Nutzung**
- Allgemeines Wohngebiet
  - § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
  - zulässige Anlagen nicht zugelassen sind
- Maß der baulichen Nutzung**
- § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
  - zulässige Obergrenzen
  - § 10 BauNVO
  - Grundflächenzahl, - Geschosflächenzahl, - Wandhöhen
  - § 12 Abs. 2 BauNVO
  - Stellplätze sind innerhalb der seitlichen Abstandsflächen sowie vor dem Haus zwischen der Verkehrsfläche und der vorderen Baugrenze zugelassen
  - Garagen sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig
- Flächen für Stellplätze und Garagen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB in Verbindung mit § 42 LBO
- Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden**
- § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung**
- § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
- Führung von Versorgungsleitungen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB
- Öffentliche Grünflächen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 15
- mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zusammenhängend oder als Flächenlasten auf belastende Flächen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
- Auf Flächen des Anpflanzens von Bäumen und Sträuchern**
- § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB in Verbindung mit § 8 a BNatSchG
- Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern**
- § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB in Verbindung mit § 8 a BNatSchG
- Höhenlage der Gebäude**
- § 9 Abs. 2 BauGB
- Örtliche Bauvorschriften**
- Festsetzungen von mit Landesrecht bestehenden Regelungen
  - § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 83 Abs. 4 Landesbauordnung - LBO
- Ehaltungsbereich des Bebauungsplanes**
- Zuordnungsfestsetzung der Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen
  - § 8 a BNatSchG
- Zu Bodenfund**
- Bei Bodenfund besteht Anzeigepflicht gemäß § 16 (Abs. 1 u. 2) Saarländisches Denkmalschutzgesetz zur Geologie (siehe LFU)
  - Den Untergrund des Planungsgebietes bilden Gesteine der Quirnbach-Formation des Rotliegenden. Diese Gesteine sind im mittleren Saarland an NW- und W-Hängen erfahrungsgemäß stark rutschungsgefährdet. Um späteren Bauwerksschäden vorzubeugen, empfehlen wir den Bauherren eine ingenieurgeologische Untersuchung des Baugrundes durchführen zu lassen.
- Dächer (Hauptgebäude und Garage)**
- Als Dachform sind Sattel- oder Walmdächer zulässig
  - Deckungsmaterial Ziegel und Dachsteine
  - Farbe naturrot
  - Dachneigung 30 - 45°
  - Firstrichtung laut Plan
- Zwängungen**
- § 22 WersG und Gebäudeniveauflächen dürfen nur bis max. 50 % wasserundurchlässig befestigt werden
- Zu Zeichnerischer Darstellung**
- Da alle Eingriffe zur Erschließung der Wohnbaugrundstücke erfolgen, sind die Kosten für die Kompensationsmaßnahmen zu 100 % den privaten Bauherren zuzurechnen.

**Hinweis und Pflanzenliste**

- Zu Schutzstreifen**
- Um Beeinträchtigungen an den der öffentlichen Versorgung (Wasser, Strom, Kabel, Gas) dienenden Anlagen vorzubeugen, ist das Merkblatt über Baumstände und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen (Ausgabe 1989), aufgestellt vom Arbeitskreis "Baumpflanzungen im Bereich von Versorgungsleitungen" im Arbeitsausschuss "Kommunaler Straßenbau" zu beachten. Diese technische Mitteilung G8 125 ist bei der Wirtschafts- und Verlagsgesellschaft Gas und Wasser mbH, Bonn, erhältlich.
- Zu zusätzlichen landschaftspflegerischen Maßnahmen**
- Zu den textlichen Festsetzungen werden auf ergänzende Maßnahmen zum Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft hingewiesen.
- V 3** Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser soll in hausinternen Anlagen gesammelt und als Brauchwasser z.B. zur Gartenbewässerung, für die Toilettenspülung genutzt werden.
- V 4** Der befestigte Oberboden ist zu Beginn aller Erdbarbeiten entsprechend DIN 18915 abzuschichten, zu lagern und zur Anlage von Vegetationsflächen wiederherzustellen.

**Pflanzenspezifische Liste**

| heimische Gehölzer | exotische Gehölzer |
|--------------------|--------------------|
| Rose               | Cosinus avellana   |
| Schwarzer Holunder | Sambucus nigra     |
| Feijoborn          | Acer campestre     |
| Bartrüffel         | Cornus sanguinea   |
| Rosa rosea         | Rosa canina        |

**Verfahrensschritte**

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 28.08.1996 öffentlich ausgetragen. Die Bekanntmachung der Offenlegung erfolgte durch Mittelschreiben am 05.01.1998.

Der Beauftragte gem. § 134 KStVG zur Wahrnehmung der Aufgaben des Gemeinderates hat den Bebauungsplan am 08.05.1996 gemäß § 10 BauGB Satz. 3 beschlossen.

Marpingen, den 08.05.1996

Dieser Plan wurde mit Schreiben vom 28.08.1996 an K. A. S. A. F. O. A. T. ... gemäß § 11 Abs. 1, 2, Halbsatz BauGB angezeigt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 3 Satz 1 BauGB).

Saarbrücken, den 09.07.1996

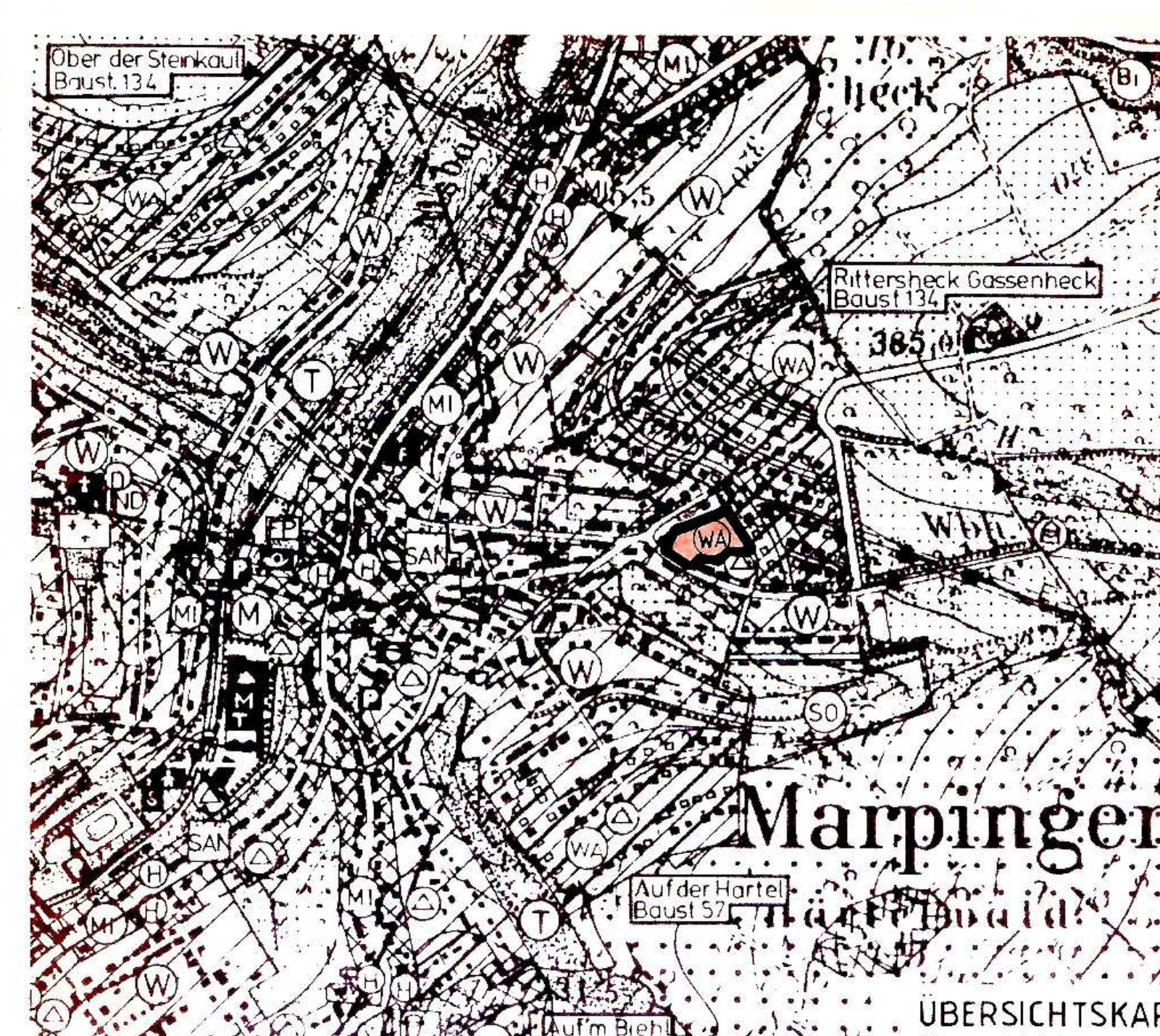
Az.: ...

Am 16.08.1996 wurde ortsüblich bekannt gemacht, daß das Anzeigeverfahren durchgeführt wurde. In der Bekanntmachung wurde angegeben, bei der Stelle der Plan während der Dienststunden eingeschrieben werden kann. Nach der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Marpingen, den 20.08.1996

**Verfahrensvermerk**

| gesetzliche Grundlage | Verfahrensschritte  | Datum                           |
|-----------------------|---|---------------------------------|
| § 2 Abs. 1 BauGB      | Aufstellungsbeschluss durch den Gemeinderat   | am 28.08.1996 und am 07.10.1996 |
| § 2 Abs. 1 BauGB      | Örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses                                 | am 20.01.1995                   |
| § 3 Abs. 1 BauGB      | Bürgerbeteiligung Öffentliche Bekanntmachung der Bürgerbeteiligung                  | am 21.06.1995                   |
| § 3 Abs. 2 BauGB      | Annahme des Entwurfes und Beschluß der öffentlichen Auslegung durch den Gemeinderat | am 14.12.1995                   |
| § 3 Abs. 2 BauGB      | Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung                               | am 22.12.1995                   |
| § 3 Abs. 2 BauGB      | Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes mit Begründung                            | vom 08.01.1996 bis 09.02.1996   |
| § 10 BauGB            | Beschluß des Bebauungsplanes als Satzung durch die Gemeinde                         | am 08.05.1996                   |
| § 11 Abs. 1 BauGB     | Angezeigt   | am 20.05.1996                   |
| § 11 Abs. 3 BauGB     | Erteilung der Genehmigung   | am 09.07.1996                   |
| § 12 BauGB            | Bekanntmachung der Genehmigung  | am ...                          |



**Landkreis St. Wendel**

**KREISBAUAMT**  
66606 ST. WENDEL MOMMSTRASSE 21  
AMT FÜR PLANUNGSWESEN

SACHBEARBEITER: HERR SCHELLER  
TELEFON (0 68 51) 801-343  
TELEFAX (0 68 51) 801-289

**MASSNAHME**  
M 1:500

**AUFTRAGGEBER**  
GEMEINDE MARPINGEN

**ANDERUNGEN**  
NR DATUM BEARBEITET AMTSL.

ST. WENDEL DEN 06.07.1995

BEARBEITET: [Signature]  
AMTSLEITER: [Signature]  
DEZERNENT: [Signature]